Auseinanderetzung beschränken, beehren wir uns, Ihnen nachfolgenden Entwurf eines bezüglichen Genehmigungsbeschlusses zur Annahme zu empfehlen.

Bern, den 11. Dezember 1869.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident:

Wetti.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:
Schiff.

Beschlusse Entwurf

betreffend

die Erstellung einer Brovethal-Eisenbahn.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht:

1) eines Dekretes des Großen Rathes des Kantons Waadt vom 1. September 1869, durch welches derselbe der zwischen dem Staatsrathe des Kantons Waadt und dem interkantonalen Komite für Erstellung einer Brovethalbahn unterm 28. August 1869 abgeschlossenen Konvention nebst zugehörigem Lastenhefte über den Bau und Betrieb einer von einem noch zu bestimmenden Punkte der Eisenbahn Freiburg-Lausanne durch das waadtländische Brovethal über Moudon, Bayerne und Avenches nach der waadtländischen Grenze bei Jaoug gegen Murten und zum Anschluß an die bernische Staatsbahn führenden Eisenbahn die Genehmigung erteilt hat;

2) eines Dekretes des Großen Rathes des Kantons Waadt vom 22. November 1869, durch welches konstatiert wird, daß die im Art. 2 des obigen Dekretes bezüglich der in der Konzession dem Unternehmen zugesicherten Staatssubvention, vorbehaltene Volksabstimmung am 26. September l. J. stattgefunden und eine Mehrheit für die Bewilligung der Subvention ergeben hat;

3) eines sachbezüglichen Berichtes und Antrages des Bundesrathes vom 11. Dezember 1869;

in Anwendung des Bundesgesetzes vom 28. Heumonath 1852,

beschließt:

Es wird der Konzession unter nachstehenden Bedingungen die Genehmigung des Bundes erteilt.

Art. 1. In Anwendung von Art. 8, Lemma 3 des Bundesgesetzes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen wird dem Bundesrathe vorbehalten, für den regelmäßigen periodischen Personentransport, je nach dem Ertrage der Bahn und dem finanziellen Einflusse des Unternehmens auf den Postertrag, eine jährliche Konzessionsgebühr, die den Betrag von Fr. 500 für jede im Betriebe befindliche Wegstrecke von einer Stunde nicht übersteigen soll, zu erheben. Der Bundesrath wird jedoch von diesem Rechte so lange keinen Gebrauch machen, als die Bahnunternehmung nicht mehr als 4% nach erfolgtem Abzug der auf Abschreibungsrechnung getragenen oder einem Reservefond einverleibten Summen abwirft.

Art. 2. Der Bund ist berechtigt, die konzedirte Eisenbahn sammt dem Material, den Gebäulichkeiten und den Vorräthen, welche dazu gehören, mit Ablauf des 30., 45., 60., 75., 90 und 99. Jahres, vom 1. Mai 1858 an gerechnet, gegen Entschädigung an sich zu ziehen, falls er die Gesellschaft jeweilen fünf Jahre zum voraus hievon benachrichtigt hat. Kann eine Verständigung über die zu leistende Entschädigungssumme nicht erzielt werden, so wird die letztere durch ein Schiedsgericht bestimmt.

Dieses Schiedsgericht wird so zusammengesetzt, daß jeder Theil zwei Schiedsrichter erwählt und von den letztern ein Obmann bezeichnet wird. Können sich die Schiedsrichter über die Person des Obmanns nicht vereinigen, so bildet das Bundesgericht einen Dreierorschlag, aus welchem zuerst der Kläger und hernach der Beklagte je einen der Vorgeschlagenen zu streichen hat. Der Uebrigbleibende ist Obmann des Schiedsgerichts.

Für die Ausmittlung der zu leistenden Entschädigung gelten folgende Bestimmungen:

- a. Im Falle des Rückkaufes im 30., 45. und 60. Jahre ist der 25fache Werth des durchschnittlichen Reinertrages derjenigen 10 Jahre, die dem Zeitpunkte, in welchem der Bund den Rückkauf erklärt, unmittelbar vorangehen; im Falle des Rückkaufes im 75. Jahre der 22 $\frac{1}{2}$ fache; im Falle des Rückkaufes im 90. Jahre der 20fache, und im Falle des Rückkaufes im 99. Jahre der 18fache Werth dieses Reinertrages zu bezahlen, immerhin jedoch in der Meinung, daß die Entschädigungssumme in keinem Falle weniger als das ursprüngliche Anlagekapital betragen darf. Von dem Reinertrage, welcher dieser Berechnung zu Grunde zu legen ist, sind übrigens Summen, welche auf Abschreibungsrechnung getragen oder einem Reservefond einverleibt werden, in Abzug zu bringen.
- b. Die Bahn sammt Zugehör ist jeweilen, zu welchem Zeitpunkte auch der Rückkauf erfolgen mag, in vollkommen befriedigendem Zustande dem Bunde abzutreten. Sollte dieser Verpflichtung kein Genüge gethan werden, so ist ein verhältnißmäßiger Betrag von der Rückkaufssumme in Abzug zu bringen.

Streitigkeiten, die hierüber entstehen möchten, sind durch das oben erwähnte Schiedsgericht auszutragen.

Art. 3. Binnen einer Frist von 15 Monaten, vom Tage der Genehmigung der für die Fortführung der Bahn auf dem Gebiete des Kantons Freiburg zu ertheilenden Konzession an gerechnet, ist der Anfang mit den Erdarbeiten für die Erstellung der Bahn zu machen und gleichzeitig genügender Ausweis über die Mittel zur gehörigen Fortführung des Baues zu leisten, in der Meinung, daß widrigenfalls mit Ablauf jener Frist die Genehmigung des Bundes für die vorliegende Konzession erlischt.

Art. 4. Es sollen alle Vorschriften der Bundesgesetzgebung über den Bau und Betrieb der schweizerischen Eisenbahnen genaue Beachtung finden, und es darf denselben durch die Bestimmungen der vorliegenden Konzession in keiner Weise Eintrag geschehen. Insbesondere soll den Befugnissen, welche dem Bunde gemäß Art. 17 des Gesetzes vom 28. Juli 1852 zustehen, durch die im Art. 3 des Lastenheftes enthaltene Bestimmung nicht vorgegriffen sein.

Art. 5. Der Bundesrath ist mit der Vollziehung und üblichen Bekanntmachung dieses Beschlusses beauftragt.

Bundesrathsbeschluss

in

Sachen des Rekurses des Johann Ffeli, von Hasle bei Burgdorf, Kts. Bern, betreffend Gerichtsstand.

(Vom 8. September 1869.)

Der schweizerische Bundesrath
hat

in Sachen des Johann Ffeli, von Hasle bei Burgdorf, Kantons Bern, betreffend Gerichtsstand;

nach angehörtem Berichte des Justiz- und Polizeidepartements und nach Einsicht der Akten, woraus sich ergeben:

I. Im Jahr 1863 verheiratete sich der Rekurrent mit der Witve Ursula Chollet, geb. Häner. In der Folge verlegten diese Eheleute ihren Wohnsitz nach Unterstaad bei Rorschach, Kantons St. Gallen. Diese Ehe gestaltete sich jedoch nicht glücklich, weshalb die Frau Ffeli sich veranlasst sah, an ihrem Wohnorte auf Scheidung zu klagen. Die evangelische Kirchenvorsteherchaft von Rorschach, als Matrimonialgericht erster Instanz, nahm die Klage an die Hand, und erkannte mit rechtskräftigem Urtheil vom 20. September 1865, es seien die Eheleute Ffeli für vier Jahre zu Tisch und Bett geschieden und mit Bezug auf die gegenseitigen ökonomischen Ansprüche an den Zivilrichter gewiesen.

II. Die Ehefrau Ffeli erhob nun vor den Gerichten des Kantons St. Gallen eine Klage für Feststellung ihres Frauengutes und einer

Beschlußentwurf betreffend die Erstellung einer Bronenthal-Eisenbahn.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1869
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	50
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	20.12.1869
Date	
Data	
Seite	629-632
Page	
Pagina	
Ref. No	10 006 360

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.